



Protokoll

18. Sitzung des Gemeinderates Montag, 2. September 2019, 19:00 Uhr bis 20:43 Uhr Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 anstelle des zurückgetretenen Giuseppe Biacchi (SVP)
- 4 Postulat 550/2019 von Mary Rauber (EVP) und Beatrice Caviezel (Grünliberale): "Bäume pflanzen für die Zukunft"
- 5 Interpellation 553/2019 von Mary Rauber (EVP), Beatrice Mischol (Grünliberale), Beatrice Caviezel (Grünliberale) und Larissa Weile (Grüne): Neues Familienzentrum am Gerichtsplatz
- 6 Weisung 33/2019 des Stadtrates: Städtische Volksinitiative «Für sichere und durchgängige Velowege», Umsetzungsvorlage
- 7 Weisung 34/2019 der Sozialbehörde: Prävention und dezentrale Drogenhilfe, Finanzierung 2020-2023, Genehmigung eines Beitrages von max. Fr. 130'000 pro Jahr bzw. total Fr. 520'000
- 8 Weisung 32/2019 des Stadtrates: Energie Uster AG, Geschäftsbericht 2018
- 9 Postulat 507/2018 (statt Motion, Umwandlung) von Ivo Koller (BDP) und Mitunterzeichnende: "Transparenter Stadtrat"
- 10 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz	Ursula Räuftlin (Grünliberale), Präsidentin
Protokoll	Daniel Reuter, Ratssekretär
Anwesend	34 Ratsmitglieder (inkl. Präsidentin)
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Cla Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales, Präsidentin der Sozialbehörde Jean-François Rossier, Abteilungsvorsteher Sicherheit Karin Fehr Thoma, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Daniel Stein, Stadtschreiber
Entschuldigt	Matthias Bickel (FDP), Stimmenzähler Paul Stopper (BPU)
Presse	Laura Cassini, AvU David Marti, AvU

Die Präsidentin begrüsst die Medienleute und die Zuschauer, insbesondere Bürgerrechtsbewerberinnen und -bewerber auf der Tribüne.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratssekretär (absolutes Mehr 18).

Änderung Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Ersatzwahl eines Stimmenzählers ad hoc

Stimmenzähler Matthias Bickel (FDP) kann heute nicht teilnehmen. Darum ist für diese Ratssitzung eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Die Präsidentin schlägt Jürg Krauer (FDP) vor.

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt.

Die Präsidentin erklärt den Vorgesprochenen als gewählt.

Der Stadtweibel, Markus Hauser, wird heute durch Patrick O'Hara vertreten.

Fraktionserklärungen

Für die FDP-Fraktion verliest Jürg **Krauer** (FDP) folgende Fraktionserklärung: *61 Prozent Nein-Stimmen zur neuen Abstellplatzverordnung sind ein deutliches Zeichen. Es ist die Notbremse gegen ein von Links-Grün dankbar durchgedrücktes, ihrer Ideologie entsprechendes Regelwerk. Eine APV, welche zu Ungunsten der Ustermer Wirtschaft formuliert wurde, hat keine Mehrheit gefunden. Die Stimmbevölkerung will offenbar nicht ein solch «voll-urbanes» Uster, wie man uns permanent weismachen will. Uster soll nicht einfach nur die auf den Bahnhof ausgerichtete Wohnstadt der Pendler sein, sondern soll eine attraktive eigenständige Stadt mit starker Wirtschaft, guten Rahmenbedingungen und einem vernünftigen und ausgewogenen Mobilitätskonzept sein. Heute, und auch in Zukunft!*

Es ist völlig klar, dass diese Abstimmung eine gewisse Signalwirkung hat bzw. haben muss. Dies insbesondere auch im Hinblick auf die kommenden Diskussionen zum Projekt «Stadtraum 2035» mit dem vom Stadtrat formulierten Motto «Uster steigt um!». Es ist enttäuschend, aber auch symptomatisch, dass gewisse Exponenten auf der Verliererseite dies in den Medien in Abrede stellen. Klar ist, dass das Motto „Uster steigt um“ nun sehr differenziert verstanden und umgesetzt werden muss. Pauschale Einheitsrezepte passen für Uster nicht, das steht jetzt fest.

- *Wer steigt überhaupt um?*
- *Will die Bevölkerung nicht so schnell oder gar nicht umsteigen?*

Ja, Uster soll umsteigen. Nur auf was, wo, wie und wann?

Nach der Abstimmung von gestern müssen diese Fragen nun geklärt werden und zwar nicht voreingenommen wie bis anhin, sondern mit der notwendigen Neutralität! Das Abstimmungsergebnis gilt es zu respektieren und die Stimmen der Fussgängerinnen, der Velofahrer und der Autofahrerinnen müssen in der weiteren Planung gleichberechtigt auf- und auch ernstgenommen werden. Ansonsten dürfte es nicht das letzte Mal gewesen sein, wo Entscheide aus diesem Saal an der Urne korrigiert werden.

Persönliche Erklärungen

Wolfgang **Harder** (CVP) verliest folgende Erklärung: *Ich möchte eine Mitteilung machen, indem ich herzliche Grüsse aus unserer Partnerstadt Prenzlau, die ich während meinen Ferien besuchen konnte, überbringe. Der Bürgermeister hat sich über den Besuch sehr gefreut und spontan eine Sitzung unterbrochen. Diese Flasche Wein hat er mir für die Stadtpräsidentin überreicht, ebenso eine Wasserflasche mit den besten Wünschen.*

1 Mitteilungen

Der Stadtrat hat anstelle des aus dem Gemeinderat zurückgetretenen Giuseppe Biacchi (SVP) mit Wirkung ab 1. September 2019 für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 als gewählt erklärt (vergleiche Seite 467):

Silvan Dürst, Geschäftsführer/Technischer Kaufmann, Seestrasse 127, 8610 Uster
(Stadtratsbeschluss 315 vom 20. August 2019).

Die Ratspräsidentin heisst den neuen Kollegen willkommen und wünscht ihm für seine Amtstätigkeit viel Erfolg.

Der Umtrunk zur Verabschiedung von Giuseppe Biacchi (SVP) aus dem Gemeinderat findet am Dienstag, 3. September 2019, ab 19 Uhr in der Zeughaus-Bar statt. Es wird um Anmeldung gebeten (vergleiche Seite 467).

Anmeldungen für den Ratsausflug, der am 28. September 2019 stattfinden wird, können noch heute dem Parlamentsdienst abgegeben werden.

Gemeinderat Wolfgang Harder (CVP) ist am 1. September 2019 zum Statthalter und Präsidenten des Bezirksrats Hinwil gewählt worden. Namens des Gemeinderats gratuliert die Ratspräsidentin. (Applaus)

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 16. und 17. Sitzung des Gemeinderats vom 8. Juli 2019 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 GeschO GR als genehmigt.

3 Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 anstelle des zurückgetretenen Giuseppe Biacchi (SVP)

Die Wahl der Kommissionsmitglieder erfolgt geheim, sofern mehr Kandidaten vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind (Art. 36 Abs. 1 GeschO GR).

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Rolf Denzler** (SVP), schlägt zur Wahl vor: Silvan Dürst (SVP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Präsidentin erklärt den Vorgeschlagenen als gewählt.

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Silvan Dürst (SVP) wird mit Wirkung ab 3. September 2019 als Mitglied der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

4 Postulat 550/2019 von Mary Rauber (EVP) und Beatrice Caviezel (Grünliberale): "Bäume pflanzen für die Zukunft"

Von Mary Rauber (EVP) und Beatrice Caviezel (Grünliberale) ist am 14. Mai 2019 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, welche Massnahmen die Stadt Uster treffen muss, damit sich der Baumbestand und das Gehölz im Stadtgebiet erhöhen und damit CO2 reduziert werden kann.

Begründung

Es gibt die Tradition, für jedes neugeborene Kind einen Baum zu pflanzen. Ein schönes Zeichen von Hoffnung und Zukunft. Bäume zu pflanzen ist aber nur Landbesitzern und Landbesitzerinnen möglich. Wenn nun die Stadt Massnahmen trifft, damit mehr Bäume oder Gehölze gepflanzt werden können, verfolgt sie damit gleich mehrere effektive und konkrete Ziele gegen die Klimaerwärmung:

- 1) Seit 2001 ist Uster Energiestadt und die Pflicht zur kontinuierlichen CO2-Reduktion ist in der Gemeindeordnung festgelegt.
- 2) Bäume tragen zu einer angenehmeren Temperatur im Sommer bei und reduzieren damit die Hitze in der Stadt
- 3) und zugleich könnte damit auch die Biodiversität in der Stadt gefördert werden.

Ein 21-jähriger junger deutscher Baumpflanz-Aktivist fordert eine weltweite Erhöhung des Baumbestandes um einen Drittel, womit etwa ein Viertel des menschengemachten CO2 aufgenommen werden könnte. Das löse die Klimakrise nicht, verschaffe uns aber Zeit, so Felix Finkbeiner. Gemeinsam mit ihm, den Klimademonstranten und auch den vielen Forschern, welche sich hinter deren Anliegen stellen, fordern wir Massnahmen, damit sich das CO2 reduziert.

Der Stadtrat soll deshalb prüfen, wo es in der Stadt Raum gibt, um Bäume oder Gehölz zu pflanzen und mit welchen unbürokratischen Massnahmen der Baumbestand erhöht werden kann. Er soll auch die damit verbundenen Kosten und Konsequenzen für die Stadt aufzeigen und darlegen, wie sich diese aus seiner Sicht auf die in der Gemeindeordnung festgelegte CO2-Reduktion auswirken würde. Neben der Massnahmen der Stadt sollen aber auch Anreize für die Bevölkerung geprüft werden.

Wenn mit mehr Pflanzen in der Stadt die Biodiversität erhöht und damit neben der CO2-Reduktion auch noch die Hitze im Hochsommer eingedämmt werden kann, sind das äusserst positive Effekte um dem Klimawandel vor Ort etwas entgegenzusetzen.

Mary **Rauber** (EVP) begründet das Postulat: *Seit der Einreichung dieses Postulats ist zwar noch nicht viel Zeit vergangen, es gab aber viele Ereignisse, die mich nachdenklich stimmen. Ich möchte hier aber nur kurz eine Auswahl davon erwähnen:*

- *Im Amazonasgebiet brennt der Wald auf einer extrem grossen Fläche.*
- *Greta segelt für das Klima und polarisiert damit.*
- *Äthiopien und Schweden pflanzen Bäume wie Weltmeister.*
- *Die weltweite Aufforstung von Wäldern wäre die effektivste Massnahme gegen den Klimawandel. Zu diesem Schluss kommt eine aktuell in «Science» publizierte Studie der ETH Zürich.*
- *Hierzulande frisst der Borkenkäfer unsere Bäume, sodass die Stämme zur Entsorgung in die Volksrepublik China geliefert werden müssen. Für die Waldpflege müsste viel Geld investiert werden.*

Vielleicht war es aber die Kolumne in der Sonntagszeitung, weshalb ich dieses Postulat nicht zurückziehen kann. Es ist zu einfach, erwartungsvoll auf die Welt zu schauen und in der Innenstadt alles beim Alten zu lassen. Wir brauchen ein anderes Klima. Die Luft ist heiss und stickig. Grünflächen könnten erheblich zur lokalen Abkühlung beitragen. Die Temperatur in Innenstädten könnte laut der «Royal Institution of Chartered Surveyors» (RICS) um bis zu 2,5 Grad Celsius gesenkt werden. Dächer, Fassaden und Strassenränder sollen begrünt werden. Weshalb gibt es in der Innenstadt keine Pergola?

Der Stadtrat ist wegen der Motion „Biodiversität fördern“ tätig geworden und hat uns für die Innenstadt Massnahmen versprochen, leider wissen wir aber noch nichts Konkretes. Wir sind der Meinung, dass bei der Beantwortung der Motion auch gleich das Postulat «Bäume pflanzen für die Zukunft» beantwortet werden kann. Uns geht es um mehr Grün in der Innenstadt und bitten Sie deshalb um Unterstützung.

Die Abteilungsvorsteher Bau, Stadtrat Stefan **Feldmann**, nimmt Stellung (Stadtratsbeschluss 263 vom 2. Juli 2019: Ablehnung): *Als erstes stützt der Stadtrat das inhaltliche Anliegen des Postulats. Trotzdem bittet er um Verzicht auf Überweisung. Alle Themen werden bereits behandelt. Mit der Motion 511/2018 wird der Bereich Biodiversität behandelt. Sie werden dazu bald Bericht und Antrag erhalten. Mit der Leistungsmotion 620/2018 hat der Stadtrat den Auftrag für einen „Massnahmenplan Klima“ erhalten, so dass das Thema CO₂-Absorption und Klima abgedeckt ist. Auch mit „Stadt-raum 2035“ sind die in diesem Postulat enthaltenen Themen bei Stadtrat und Stadtverwaltung in Arbeit. Darum braucht es nicht nochmals einen neuen Auftrag mit einem neuen Bericht. Lassen Sie uns die notwendige Zeit, damit wir die erteilten Aufträge umsetzen können! Sie werden rechtzeitig informiert werden. Sollten Ihre Anliegen zu wenig berücksichtigt worden sein, dann stehen Ihnen weiterhin parlamentarische Mittel zur Verfügung. In Kürze: Die Anliegen werden vom Stadtrat geteilt, von der Verwaltung bearbeitet und darauf wollen wir uns jetzt konzentrieren. Lehnen Sie das Postulat ab!*

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Hans Denzler** (SVP): *Es ist ja eine schöne Tradition für jedes geborene Kind einen Baum zu pflanzen. Mit ca. 200 Geburten in Uster im Jahr, wäre die Stadt in absehbarer Zeit etwas zu grün. Für die Ziele, die Initiantinnen mit dem Postulat verfolgen:*

- CO₂-Reduktion
- Angenehme Temperaturen
- Biodiversität

haben wir ein auch gewisses Verständnis. Bäume pflanzen in einer Stadt, ist aber meistens nur realisierbar im Zusammenhang mit Neugestaltungen von Plätzen und ganzen Strassenzügen und in Einbezug von Abstands- und Sicherheitsvorschriften.

Wir von der SVP/EDU-Fraktion sind überzeugt, dass mit dem Stadtentwicklungskonzept 2035 der Begrünung Rechnung getragen wird. Zudem sind in der Motion 511/2018 „Schutz der Artenvielfalt“, die am 18. März 2019 dem Stadtrat überwiesen wurde, bereits solche Anliegen bereits gefordert. Für den Strassenunterhaltungsdienst bedeutet mehr Bäume auch mehr Arbeit, besonders im Herbst. Die SVP/EDU-Fraktion appelliert an die Vernunft, setzen wir Bäume, übertreiben wir es aber nicht in unserer grünen Zeit.

Im Zusammenhang mit der CO₂-Aufnahme aus der Luft, möchte ich noch rasch einen Vergleich aufzeigen. Eine Hektare Zuckerrüben bindet ca. 36 Tonnen CO₂. Eine 120-jährige 35 Meter hohe Buche ca. 3,6 Tonnen. Es gibt auch noch andere Kulturen, die CO₂ binden. Mit dem Wald haben wir ein Problem, was aber mit dem Pflanzen von Bäumen nichts zu tun hat. Die SVP/EDU-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Für die Grüne-Fraktion referiert Eveline **Fuchs** (Grüne): *Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeinderat, das Postulat „Bäume pflanzen für die Zukunft“ abzulehnen und verweist auf die eingereichte Motion 511/2018 meiner „Parteigspänli“ Meret Schneider und Patricio Frei betreffend Förderung der Biodiversität. Ich kann diese ablehnende Haltung nicht nachvollziehen. Vor dem Hintergrund des alarmierenden Klimazustandes muss doch vielmehr und umfassend die Devise gelten: Das eine tun und das andere nicht lassen! Beim heute zu behandelnden Postulat geht es um Bäume auf unserem Stadtgebiet. Warum sind sie so wichtig?*

1. *Stadtbäume sind Schattenspende: Bäume, vor allem Laubbäume, beschatten Asphaltflächen und benachbarte Hausfassaden. Sie bremsen damit höchst wirksam deren weitere Aufheizung. Wo Bäume Schatten werfen, erscheint uns Menschen die Lufttemperatur sofort um mehrere Grad niedriger, als das Thermometer anzeigt. Bäume bieten Lebensqualität.*
2. *Stadtbäume sind Luftfilter: Bäume leisten v. a. im Stadtzentrum und in engen Strassen einen spürbaren Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität. Sie filtern dank ihrer grossen Blattoberflächen sowohl Fein- und Grobstaub als auch giftige Stickoxide aus der Luft. Damit wird die Konzentration gesundheitsschädlicher Stoffe in der Atemluft der Bevölkerung reduziert. Bäume tragen somit wesentlich zu einem gesünderen Wohnumfeld bei.*
3. *Stadtbäume sind Lärmbremsen: Lärm ist nicht nur störend, er macht auch krank! Stress und Schlafstörungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Depressionen und weitere psychische Belastungen können Folgen davon sein. Auch hier machen sich Stadtbäume hilfreich bemerkbar. Mit ihren dicht belaubten Kronen schwächen Laubbäume vor allem im Sommer die Schallreflexion zwischen den Häuserfronten ab. Zudem wird Lärm als weniger belästigend empfunden, wenn Lärmquellen durch Bäume und Gehölze verdeckt sind.*

4. *Stadtbäume sind Augenweiden: Strassenbäume können unschöne Fassaden verdecken und Bauwerke optisch hervorheben. Sie unterbrechen Asphalt- und Pflasterflächen und wirken der Eintönigkeit entgegen. Mit einer optischen Verengung des Strassenraums durch Bäume lässt sich bei vielen Autofahrern eine Geschwindigkeitsreduzierung beobachten – sogar ohne entsprechende Verkehrsschilder.*
5. *Stadtbäume sind Lebensraum für Tiere und Pflanzen: Bäume bringen die Natur in die Stadt. Bäume sorgen für Biodiversität. Sie bieten Lebensraum für Insekten und Vögel, Eichhörnchen und Fledermäuse. Je älter und grösser ein Baum wird, umso wertvoller und grösser ist seine ökologische Bedeutung!*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Euch zu bedenken, dass es bei einem Postulat bekanntlich um eine Prüfung von möglichen Handlungsfeldern geht. Ich bitte Euch deshalb, diese Prüfung mit Eurer Unterstützung zu ermöglichen.

Für die SP-Fraktion referiert Markus **Wanner** (SP): *Mit Interesse haben das Postulat von Mary Rauber und Beatrice Caviezel gelesen. Inhaltlich können wir uns mit dem Postulat sehr gut identifizieren. Es sind dies:*

- *CO₂-Absorption,*
- *Beitrag zum Ausgleich des Klimas in der Stadt und*
- *Unterstützung der Biodiversität.*

Was lässt uns nun am Postulat zweifeln? Es ist die Anzahl der Verstösse mit ähnlichem Inhalt. Da ist die Motion 511/2018 von den Grünen mit der Forderung, die Artenvielfalt zu schützen und zu fördern. Ebenfalls von den Grünen die Leistungsmotion 620/2018 «Umsetzung des Umweltartikels der Gemeindeordnung» mit dem Auftrag, einen Massnahmenplan Klima zu erarbeiten. Welche neuen Forderungen sind nun im Postulat 555 enthalten? Wir sehen da keinen Mehrwert.

Wir haben seit einem Jahr das Vertrauen in den Stadtrat, dass er Umweltthemen ernst nimmt und entsprechend umdenkt. Die Umwelt-Aufträge sind mit früheren Vorstössen erteilt. Wir sollten nun zuerst die Antworten des Stadtrats abwarten. Dies umso mehr, als Bericht und Antrag zur Motion 511/2018 in den nächsten Wochen vorgelegt werden. Wir haben daher den beiden Postulantinnen vorgeschlagen, das Postulat von der Traktandenliste abzusetzen und die stadträtliche Antwort abzuwarten. Werden diese nicht im Sinne einer Mehrheit des Gemeinderats beantwortet, können wir mittels gezielten parlamentarischen Vorstössen, wie z. B. dem vorliegenden Postulat, Massnahmen einfordern.

Wie einleitend erläutert sind wir mit dem Inhalt des Postulats einverstanden. Wir haben ein gemeinsames Ziel. Den Weg dorthin beurteilen wir jedoch unterschiedlich. Solange die anderen Vorstösse noch nicht beantwortet sind, braucht es keine weiteren Vorstösse. Aus diesen Gründen wird die SP-Fraktion das Postulat nicht unterstützen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 10:23 Stimmen:

- 1. Das Postulat 550/2019 wird a b g e l e h n t .**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

5 Interpellation 553/2019 von Mary Rauber (EVP), Beatrice Mischol (Grünliberale), Beatrice Caviezel (Grünliberale) und Larissa Weile (Grüne): Neues Familienzentrum am Gerichtsplatz

Von Mary Rauber (EVP), Beatrice Mischol (Grünliberale), Beatrice Mischol (Grünliberale) und Larissa Weile (Grüne) ist am 1. Juli 2019 folgende Interpellation eingereicht worden:

Der Stadtrat hält in seiner Antwort auf die Anfrage 604/2017 fest, dass er das Familienzentrum als wichtiges und zentrales Angebot im Bereich der lebensweltorientierten Familienarbeit sowie der Frühen Förderung sieht. Das Familienzentrum bietet als wichtiger Treffpunkt einen einfachen Zugang zu zivilgesellschaftlichen Ressourcen wie auch professionellen Hilfen.

Heute mietet das Familienzentrum Räumlichkeiten an der Zentralstrasse. Der Stadtrat möchte aber die Anzahl der Mietobjekte reduzieren und favorisiert den Gerichtsplatz als neuen Standort. Mit der unmittelbaren Nähe zu den kantonalen Angeboten, einer Einbettung in den Familienalltag (Bspw. Kombination Einkaufen und Familienzentrum) und einer Belebung des neuen Gerichtsplatzes würden verschiedene Ziele erreicht. Für die Umsetzung ging der Stadtrat 2017 von einem Zeithorizont von 5 bis 10 Jahren aus. Inzwischen wurde der Gestaltungsplan Gerichtsplatz vom Gemeinderat behandelt und am 18. März 2019 gutgeheissen.

Mit der Beantwortung der Anfrage 529/2019 hat sich der Stadtrat erneut dafür ausgesprochen, das Familienzentrum im Rahmen der Strategie Kindheit, Jugend und Familie zu einem Kompetenzzentrum für Familie und Frühe Förderung zu entwickeln.

Wir stellen dem Stadtrat folgende Fragen:

1. Wie weit ist die Entwicklung des Familienzentrums am neuen Standort fortgeschritten?
2. Am alten Standort können die Raumbedürfnisse nicht mehr abgedeckt werden. Mit wieviel Raum kann das Familienzentrum am neuen Standort rechnen? Wurde auch daran gedacht, Räume für Spielgruppen zu planen?
3. Inwieweit wird ein barrierefreies, familienfreundliches Restaurant, welches auch für einen Mittagstisch genutzt werden könnte, geplant?
4. Ein, den Bedürfnissen von Familien angepasster Aussenraum ist für das Familienzentrum sehr wichtig. Wie wird diesem Umstand Rechnung getragen? Inwiefern könnten sogar die Kinder bei der Gestaltung miteinbezogen werden?
5. Von welchem Zeithorizont geht der Stadtrat aus? Wann wird der Gemeinderat darüber beraten?
6. Wer ist bisher in die Entwicklung des neuen Familienzentrums miteinbezogen worden?
7. Mit welchen finanziellen Investitionen ist für den Bau und für den Betrieb zu rechnen? Sind diese in der Investitionsplanung eingestellt?
8. Gibt es Synergien mit anderen Angeboten der Stadt, welche genutzt werden könnten?

Mary **Rauber** (EVP) begründet die Interpellation: *In keinem Lebensabschnitt hat ein Franken der öffentlichen Hand mehr Wirkung als in den ersten fünf Lebensjahren. James Heckman, Nobelpreisträger für Ökonomie, hat einen „Return on Investment“ (ROI) von 13 % pro Jahr berechnet. Dieser ersten Lebensphase wurde jedoch bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt, das hat auch die neuste UNICEF-Studie wieder gezeigt. Die Schweiz hat bei den familienfreundlichen Bedingungen Nachholbedarf.*

Ich denke, es ist unbestritten: Kinder brauchen einen guten Start ins Leben! Dabei ist die Stadt eine wichtige „Playerin“. Wenn mit einem Treffpunkt und einfachem Zugang zu zivilgesellschaftlichen Ressourcen und professionellen Hilfen Familien dabei unterstützt werden, eine gute Balance zwischen ihren beruflichen und familiären Verpflichtungen zu finden, wird sich das auszahlen. Einer neu publizierten Studie der Hochschule Luzern zufolge wünschen sich Eltern unter anderem mehr Unterstützung in Notsituationen, Spielräume und Krabbelgruppen. Im Familienzentrum werden heute bereits neben Spielgruppenangeboten und Erziehungskursen auch Deutschkurse und neu eine Schreibstube angeboten. Das Familienzentrum ist für die lebensweltorientierte Familienarbeit ein wichtiger Ort.

Dieser Ort platzt in Uster inzwischen fast aus seinen Nähten, zudem hat das Familienzentrum keinen Aussenraum und mit einer Reduktion der Fremdmiete, würden am neuen Standort mehrere Anliegen auf einmal behandelt. Der Kanton wird nun sicher mit der Entwicklung des Areals Gerichtsplatz vorwärts machen und es wäre schade, wenn die Stadt den Anschluss verpasst. In diesem Sinn empfehle ich Ihnen die Überweisung der Interpellation und danke für Ihre Unterstützung.

Die Interpellation bedarf der Unterstützung durch 12 Ratsmitglieder (Art. 47a Abs. 1 GeschO GR).

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst:

Die Interpellation 553/2019 erhält 24 Stimmen (Quorum 12) und ist damit unterstützt worden.

Die Stadtpräsidentin, **Barbara Thalmann**, erklärt: Der Stadtrat wird die verlangte Auskunft schriftlich geben.

Damit ist das Geschäft vertagt.

6 Weisung 33/2019 des Stadtrates: Städtische Volksinitiative «Für sichere und durchgängige Velowege», Umsetzungsvorlage

Das Recht des Initiativkomitees, die Volksinitiative durch eine Vertretung persönlich begründen zu lassen und an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilzunehmen, sofern ein entsprechendes Gesuch von einem Viertel der anwesenden Ratsmitglieder unterstützt wird (§ 138c Abs. 2 GPR), kann auch bei der Beratung der Umsetzungsvorlage (erstmalig oder erneut) geltend gemacht werden.

Für die Kommission Planung und Bau (KPB) referiert Markus **Ehrensperger** (SVP): *Die KPB hat die Umsetzungsvorlage zur Volksinitiative "Für sichere und durchgängige Velowege" an ihrer letzten Sitzung beraten. Der Zeitungsartikel im AvU vom 24. Juli 2019 über die Umsetzungsvorlage hat die KPB-Sitzung fast ein wenig vorweggenommen. Tatsächlich drehte sich auch in der Kommission die Debatte insbesondere darum, was Uster für den Rahmenkredit erhält und wie stark der Gemeinderat Einfluss nehmen kann. Dass dem Stadtrat mit der Umsetzungsvorlage die finanziellen Mittel und eine inhaltliche Velo-Carte blanche in die Hände gedrückt werden, stellt in Uster eher ein politisches Neuland dar, in das man sich behutsam vortasten muss. Vermutlich das Hauptproblem an der Umsetzungsvorlage ist, dass diese Velo-Carte blanche natürlich nur für die Gemeindestrassen gilt. Grosse Schwachstellen oder «Hotspots» nun aber prompt auf Kantons- oder SBB-Boden liegen. In der KPB wurde daher nochmals darüber diskutiert, ob auch inhaltliche Vorgaben möglich sind und die Besorgnis geäussert, dass die 5 Millionen Franken zum Beispiel auf einen Schlag in ein Veloparkhaus am Bahnhof investiert würden. Dies würde dem Geist der Initiative widersprechen. Auch eine finanzielle Obergrenze für Einzelprojekte wurde daher kurz thematisiert. Der Stadtrat konnte diese Befürchtungen grundsätzlich zerstreuen und wies nochmals darauf hin, dass die Initiative wirklich wollte, dass die Umsetzungskompetenz an die Verwaltung delegiert wird und wir Politiker, entgegen unserem Naturell, den inhaltlichen Strick loslassen müssen. Auf diese Weise könne mit der Umsetzungsvorlage auch eine Wirkung auf der Strasse erzielt werden. Die KPB bereinigte weiter das Dispositiv und diskutierte noch kurz über die Streichung des Worts "primär" in Ziffer 1 Absatz 1 Buchstabe a. Man kam aber grundsätzlich überein, dass das Wort eben alle Eventualitäten offenlässt und daher bleiben soll. Deutlicher ausgestaltet wurde die Bestimmung, dass der Kredit mitsamt Umsetzungsinhalt dem Stimmvolk vorgelegt werden muss. Die Dispositivbereinigung und danach die Schlussabstimmung wurden einstimmig, bei zwei Abwesenheiten, angenommen.*

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Salome **Schaerer** (SP): *Die RPK hat die Weisung 33/2019 des Stadtrates: Städtische Volksinitiative «Für sichere und durchgängige Velowege», Umsetzungsvorlage, in der Sitzung vom 26. August 2019 diskutiert. Ähnlich den Fragen in der KPB, lag der Fokus der Diskussionen darauf, was mit dem gesprochenen Kredit von CHF 5 Mio. gemacht würde. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Verwendung des Kredits im Interesse der Ustermer Bevölkerung auf den Strassen sichtbar sein und nicht in der Planung von Projekten versickern dürfe. Die RPK hat den Antrag der KPB, die Ziffer D der Umsetzungsvorlage ins Dispositiv zu überführen mit 8:0 Stimmen (eine Abwesenheit) unterstützt. Zusätzlich stellt die RPK den Antrag, in Absatz 1 Buchstabe a das Wort «primär» zu streichen. Die Begründung dafür ist, dass in einer Volksabstimmung präzise Vorlagen abgegeben werden sollen, die keinen Interpretationsspielraum zulassen. Das «primär» in oben erwähntem Satz suggeriert, dass ein «sekundär» folgen wird. Die Frage «Wofür wird das Geld sonst noch verwendet?» wäre die logische Reaktion jeder genauen Leserin. Das könnte zu Interpretationen führen, die sowohl dem Erfolg der Umsetzungsvorlage als auch dem Vertrauen in die beiden Räte nicht zuträglich wären. Der Antrag wurde in der RPK mit 8:0 Stimmen (eine Abwesenheit) unterstützt.*

Der Abteilungsvorsteher Bau, Stadtrat Stefan **Feldmann**, nimmt Stellung: *Diese Umsetzungsvorlagen entspricht im Wesentlichen der Volksinitiative. Wir haben noch ein paar Details geklärt, etwa die Abgrenzungen zum Massnahmenplan «Velostadt Uster». Die neuen Mittel sollen nicht bisherige ersetzen. Neu ist auch die Festlegung einer Laufzeit: Wir sehen 10 Jahre vor. Stimmen Sie der von KPB und RPK bereinigten Weisung zu!*

Für die SP-Fraktion referiert Karin **Niedermann** (SP): *Die SP ist selber beeindruckt und entsprechen zufrieden, welch (was für) eine beeindruckende Karriere ihre Velo-Initiative hinlegt.*

Zuerst sammelten wir innert kürzester Zeit fast das Doppelte der nötigen 600 Unterschriften. Die Leute standen zum Teil Schlange, mit der Bemerkung, 'es muss sich endlich etwas tun bezüglich Veloparkplätzen und Sicherheit auf den Velowegen, ganz besonders auch für Kinder'. Z. B die abrupten Enden von Velospuren haben wir hier in diesem Saal auch bereits mehrfach bemängelt. Sie machen nicht nur zügiges Fahren unmöglich, sondern machen auch das wieder das Einfädeln zwischen den Autos zu einem Sicherheitsrisiko.

In seiner Weisung 14/2018 im Herbst 2018 lobte der Stadtrat dann die Veloinitiative als Chance, die bestehenden Massnahmen der Stadt Uster zur Veloförderung sinnvoll zu ergänzen. Neben jährlich wiederkehrenden finanziellen Mitteln zur Beseitigung von Schwachstellen im bestehenden Netz und der Velonetz-Planung im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts (GVK) kann bei Annahme der Initiative die zeitnahe Umsetzung von Massnahmen aus dem GVK sichergestellt werden. Der Gemeinderat hat die Weisung am 21. Januar 2019 denn auch mit grosser Mehrheit unterstützt.

Nun liegt also die Umsetzungsvorlage vor. Gestern hat in Uster der Parkplatz als Ikone der Benzinschweiz gegen die 'Uster steigt-um'-Vision der Urbanschweiz gewonnen (um es in Anlehnung an einen Essay von Stadtwanderer Benedikt Loderer zu formulieren). Trotzdem gehe ich doch davon aus, dass auch die Umsetzungsvorlage heute breit unterstützt wird.

Wir freuen uns darauf, dass der Stadtrat den Rahmenkredit für die Verbesserung der kommunalen Velorouten und den Ausbau wie im Stadtentwicklungskonzept (STEK) beabsichtigt, einsetzen wird. Die Einschränkung, dass die Massnahmen nur auf kommunalen Strassen erfolgen können, ist den Initianten und Initiantinnen klar gewesen; dass die Umsetzung mit dem GVK im Rahmen des STEK erfolgen soll macht Sinn, GVK und Initiative unterstützen sich nämlich gegenseitig. Der Rahmenkredit erlaubt es dem Stadtrat, Massnahmen direkter und schneller umzusetzen. Und wir sind gespannt vom Stadtrat dann zu hören, welche der vielen vorgebrachten Ideen es schliesslich zu einem finanzierten Veloförderungsprojekt schaffen.

Einen kleinen Wunsch an den Stadtrat haben wir aber doch: Auch wenn die Kompetenz über die Aufteilung des Rahmenkredits beim Stadtrat liegt und auch wenn 5 Mio. nicht die Welt verändern, ist es uns ein Anliegen, dass das Geld in mehrere substantielle Projekte aufgeteilt wird. Denn die Idee der Initiative war auch, eine Breitenwirkung in Uster zu erreichen und nicht, eine punktuelle Massnahme zu sichern.

Aber nochmals, wir freuen uns über das Vorankommen der Initiative und sind überzeugt, dass wir damit spürbare Verbesserungen buchstäblich „erfahren“ werden.

Für die Grüne-Fraktion referiert Patricio **Frei** (Grüne): *Der Veloverkehr in Uster soll gefördert werden. Darüber sind sich alle einig – sowohl der Stadtrat als auch beinahe sämtliche Fraktionen des Gemeinderats. Dies zeigte die bisherige Behandlung der Volksinitiative für sichere und durchgängige Velowege.*

Wenn sich fast alle über das Ziel einig sind, heisst dies aber noch lange nicht, dass alle in dieselbe Richtung losfahren wollen. Für uns Grüne ist klar, dass die Anliegen der Initiative möglichst rasch umgesetzt werden. Denn wir sehen in Uster beim Veloverkehr beträchtliches Verbesserungspotential – und zwar täglich. Deshalb ist es für uns wichtig, die Massnahmen möglichst konkret zu fassen: Verbindung von bestehenden Velowegen, gedeckte Abstellplätze, Erhöhung der Sicherheit und Erzielen von Flächenwirkung. Und dafür sollen zusätzliche Gelder gesprochen werden – so wie es die Initiative will. Auch wenn nun am Finanzhimmel Wolken aufziehen.

Wir Grünen sagen Ja zur Umsetzungsvorlage und zum Änderungsantrag der Kommission.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Markus **Ehrensperger** (SVP): *Die SVP/EDU-Fraktion hat die Umsetzungsvorlage lange diskutiert und viele Dafür- und Dawider-Punkte abgewogen. Ich glaube, dass ich kein Geheimnis verrate, wenn ich sage, dass die „Velo-Initiative“ auch bei uns Sympathisanten findet.*

Die Umsetzungsvorlage wäre ein Vorgehen, wie es der SVP Uster ja eigentlich generell vorschwebt. Nicht mit Verboten und Drangsalierung der Autofahrer arbeiten, das bringt nichts, wie es das gestrige Abstimmungsergebnis sehr deutlich gezeigt hat. Wer den Modalsplit zugunsten des Langsamverkehrs verändern möchte, der muss eine Attraktivitätssteigerung mit positiven Massnahmen, aufbauenden Konzepten und öffentlichen Velopumpen vorantreiben.

So fest die Umsetzungsvorlage für das Velo spricht, so kommen auch Befürchtungen auf, dass dann andere Verkehrsteilnehmer benachteiligt werden. Es ist ja vorstellbar, dass breit akzeptierte Veloprojekte den normalen Weg durch den Gemeinderat nehmen und sehr unpopuläre Massnahmen einfach via Rahmenkredit durchgeboxt werden. Das könnte inhaltlich in Uster für Unmut sorgen und auch finanziell könnte ein ungünstiges Verhältnis erreicht werden.

Wir sollten uns bewusst sein, dass die grössten Problemkinder nun mal auf Kantons- oder SBB-Böden liegen und wir mit der Umsetzungsvorlage bei der Bevölkerung Hoffnungen wecken, dass diese Schwachstellen nun gleich behoben werden. Da dies danach aber eben nicht passiert, könnte zu Verdruss führen und das Vertrauen in die Politik oder unseren Gemeinderat im Speziellen in Mitleidschaft ziehen. Es droht die Gefahr, dass es danach heisst: „Für was gehe ich noch wählen? Die im Stadthaus machen ja eh, was sie wollen.“

Schlussendlich haben wir beim Entscheid, ob wir den Schritt wagen sollten oder ob der Schritt ein zu grosses Wagnis ist, doch feststellen müssen, dass die Vorlage zu viele Ungewissheiten bei doch 5 Millionen Franken Steuergeld aufweist. Wir haben uns daher für ein Nein entschieden. Wir sind aber gespannt auf das Verdikt der Stimmbewölkerung zu dieser doch ungewohnten Vorlage.

Noch zum ominösen Wort „primär“. Für uns darf das Wort nicht gestrichen werden, weil es der Verwaltung eben alle Türen offenlässt und nicht plötzlich eine sich ergebende Option verunmöglicht. Zum Antrag der RPK muss ich sagen, dass die RPK bei Kreditvorlagen die finanzrechtliche Zulässigkeit, die finanzielle Angemessenheit und die rechnerische Richtigkeit prüft. Bei dieser Vorlage hätten spätestens bei der Prüfung der finanziellen Angemessenheit alle Lampen auf Rot wechseln müssen. Eine RPK hat eine Vorlage dieser Art abzulehnen oder, wenn man der Vorlage positiv gegenüberstehen will, sie als nicht prüfbar zu bezeichnen. Was dann gar nicht sein darf, ist, dass noch inhaltliche Änderungen angebracht werden. Dafür gibt es nämlich Sachkommissionen. Für die Streichung des Wortes „primär“ hat die RPK keine Rechtsgrundlage und Zuständigkeit. Der Änderungsantrag der RPK braucht somit nicht gehört zu werden. Der Einfachheit halber können wir ihn aber einfach auch ablehnen.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Beatrice **Caviezel** (Grünliberale): *Der Gemeinderat hat am 12. Januar dieses Jahres die Weisung 14/2019 des Stadtrates ohne Verabschiedung eines Gegenvorschlages angenommen. Dieser legt uns nun die vorliegende Umsetzungsinitiative vor. Einzelne Punkte möchten wir thematisieren:*

Die genannte Klärung der Zuständigkeiten in Bezug auf die kantonalen und kommunalen Strassen erachten wir als sinnvoll und helfen, so hoffen wir, unrealistische Forderungen zu minimieren.

Die genannten Themenbereiche in Bezug auf das Velo sind nachvollziehbar und schlüssig. Im laufenden Stadtentwicklungskonzept wird das Gesamtverkehrskonzept erarbeitet. An der Strategie «Uster steigt um» ist weiter zu arbeiten. So sollen nötige Lücken im Velonetz im Rahmen der Zuständigkeit geschlossen werden. Die Investition in die Verkehrssicherheit und in die Veloinfrastruktur macht Sinn. Ein Ausbau der Veloabstellplätze am Bahnhof ist dringend angezeigt.

Wir in der Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion standen der Initiative positiv gegenüber und werden nun auch die Umsetzungsvorlage unterstützen.

Für die FDP-Fraktion referiert Peter **Müller** (FDP): *Es gibt wohl selten so viel Einigkeit in diesem Saal, wie beim Thema Velo. Das freut uns und lässt uns hoffen, dass sich hier nun wirklich etwas bewegt. Dass dies nötig ist, erleben wir alle hier drinnen, die wir meistens mit dem Velo kommen, täglich. Wenn ich z. B. mit meinen Kindern an den See will, muss ich ungefähr 4x Verkehrsregeln brechen, um mit ihnen dort sicher anzukommen (Trottoir befahren, Chleweg befahren etc.). Von der Situation auf dem Uferweg am See mal ganz zu schweigen. Der Weg von Niederuster zum LC-Training im Buchholz ist ein einziger Hindernisparcours, den ich meinen Sohn noch nicht mit gutem Gewissen alleine machen lassen kann. Was will ich damit sagen?*

Die Zuständigkeit des Kantons auf den wichtigsten Verkehrsachsen ist ja unbestritten. Auf kommunalen Strassen ist das Verbesserungspotential aber ebenfalls immens. Wenn wir nun die limitierten Mittel fokussiert auf kommunalen Strassen einsetzen – eingebettet in das übergeordnete Verkehrskonzept aus dem Stadtentwicklungskonzept – dann können wir auf eine schnelle und effiziente Verbesserung der Velo-Infrastruktur hoffen.

Aus den möglichen Projekten wird es eine Priorisierung benötigen. Für unser Verständnis stehen dabei zwei Dimensionen im Vordergrund: Die Nutzungsfrequenz und die Sicherheit bzw. das aktuelle Gefährdungspotential. Wir wollen dort die Mittel eingesetzt wissen, wo viele Menschen davon profitieren und aktuell eine hohe Gefährdung besteht, z. B. weil die Abschnitte von vielen Kindern benützt werden.

Eine Zahl aus unserem Referat im Januar 2019 wiederhole ich hier gerne nochmals [vergleiche Seiten 253-254]: Die fünf Millionen Franken entsprechen 8-12 km neu gebauten Radwege! Das ist ein möglicher Gegenwert, den wir mit der aktuellen Umsetzungsvorlage schaffen können. Wirklich nicht wenig.

Die Umsetzungsvorlage hat unsere Punkte für einen effizienten und nutzenorientierten Mitteleinsatz aufgenommen. Wir unterstützen deshalb auch diesen Antrag und freuen uns bereits auf die erste Berichterstattung. Die Erwartungen sind aber sehr hoch!

Detailabstimmungen

Die KPB beantragt in Ziffer 1 Dispositiv den Text der Umsetzungsvorlage aufnehmen und in Ziffer 3 Dispositiv den Text zu ergänzen (Änderungen unterstrichen bzw. bei Ziffer 1 eingefügt).

Die Änderungsanträge der KPB werden stillschweigend angenommen.

Die Rechnungsprüfungskommission beantragt folgende Änderung von Ziffer 1. 1 Buchstabe a im Antrag der Kommission Planung und Bau (KPB) vom 19. August 2019 zu beantragen (Änderung unterstrichen, d. h. „primär“ streichen):

Die finanziellen Mittel werden für die Verbesserung der bestehenden kommunalen Velorouten und Veloinfrastrukturen sowie deren Ausbau, gestützt auf die Stossrichtungen des Stadtentwicklungskonzepts, eingesetzt.

Im Übrigen stimmt die RPK dem Änderungsantrag der KPB zu.

Der Änderungsantrag der RPK wird mit 24:8 Stimmen angenommen.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 24:9 Stimmen:

1. **Die Umsetzungsvorlage zur städtischen Volksinitiative «Für sichere und durchgängige Velowege» lautet wie folgt:**
 1. Für die Planung und den Bau kommunaler, sicherer und attraktiver Velorouten sowie die Bereitstellung der notwendigen ergänzenden Veloinfrastrukturen wird ein Rahmenkredit von 5 Mio. Franken im Sinne von § 106 GG ZH bewilligt.
 - a) Die finanziellen Mittel **werden für** die Verbesserung der bestehenden kommunalen Velorouten und Veloinfrastrukturen sowie deren Ausbau, gestützt auf die Stossrichtungen des Stadtentwicklungskonzepts, eingesetzt.
 - b) Sicherheit und Durchgängigkeit des kommunalen Strassennetzes für den Veloverkehr sind durch individuelle Massnahmen zu erhöhen.
 - c) Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit unter 200 000 Franken sind durch die spezifischen Mittel im Globalbudget zu finanzieren.
 - d) Der Kostenanteil für Monitoring und Berichterstattung ist so tief wie möglich zu halten.
 - e) Die Laufzeit des Rahmenkredits beträgt 10 Jahre.
 2. Über die Aufteilung des Rahmenkredits in Objektkredite entscheidet der Stadtrat, respektive die nachgeordneten Stellen gemäss Geschäftsordnung des Stadtrats.
 3. Der Stadtrat erstattet dem Gemeinderat jährlich Bericht über den Stand der Umsetzung des Rahmenkredits.
 - a) Im Globalbudget wird für die Leistungsgruppe Verkehrsplanung ein neuer Indikator eingeführt: «Umsetzungsvorlage Veloinitiative: Jährlicher Bericht zur Umsetzung und der Velosicherheit».
 - b) Mit Aufbrauchen des Rahmenkredits wird die Berichterstattung eingestellt, jedoch spätestens nach 10 Jahren.
2. **Die Umsetzungsvorlage zur städtischen Volksinitiative «Für sichere und durchgängige Velowege» wird angenommen.**
3. **Die Umsetzungsvorlage inklusive Rahmenkredit wird dem Ustermer Stimmvolk zur Genehmigung vorgelegt.**
4. **Mitteilung an den Stadtrat.**

7 Weisung 34/2019 der Sozialbehörde: Prävention und dezentrale Drogenhilfe, Finanzierung 2020-2023, Genehmigung eines Beitrages von max. Fr. 130'000 pro Jahr bzw. total Fr. 520'000

Für die Kommission Soziales und Gesundheit (KSG) und für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Beatrice **Caviezel** (Grünliberale): *An der Sitzung der Kommission Soziales und Gesundheit vom 19. August 2019 wurde die Weisung behandelt. Neben den Kommissionsmitgliedern waren auch Petra Bättig als Abteilungsvorsteherin und Armin Manser als Abteilungsleiter anwesend. Im Jahr 2000 hat das Ustermer Stimmvolk einem jährlich wiederkehrenden Kredit an die dezentrale Drogenhilfe und Prävention im Zürcher Oberland mit grossem Mehr zugestimmt. Der sogenannte «Drogen-Fünfliber» konnte so durch die Stadt Uster mitgetragen werden. Im Gegensatz zu damals sind es heute nur noch in etwa 3 Franken, die zu bezahlen sind. Für die weitere Finanzierung der Angebote sowohl für den Verein für Prävention und Drogenfragen Zürcher Oberland sowie für die Stiftung Netzwerk, die beide Beiträge der Stadt Uster erhalten haben, wurden die Kredite regelmässig alle vier Jahre durch den Gemeinderat erneuert.*

Ende 2019 läuft dieser Kredit zur Finanzierung dieser Angebote aus. Die beiden Organisationen unterbreiten deshalb mit ihren Gesuchen den Antrag auf die Gewährung finanzieller Beiträge für die nächsten vier Jahre, 2020 bis 2023.

Die Situation in Uster hat sich in den letzten vier Jahren kaum verändert. Die Anzahl Personen, die illegal Drogen konsumieren, ist weiterhin tief. Zudem wickeln sich Drogenhandel und -konsum weiterhin verdeckt ab und wird in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Die Stadt Uster richtet ihre Drogenpolitik seit Jahren nach den anerkannten und bewährten vier Säulen: Prävention, Therapie, Überlebenshilfe und Repression.

Der Verein für Prävention und Drogenfragen Zürcher Oberland (VDZO), die Stiftung Netzwerk, der Zweckverband Soziale Dienste Bezirk Uster und „also! Verein für soziale und berufliche Integration“ tragen seit vielen Jahren bei der Umsetzung der dezentralen Drogenhilfe durch verschiedene Hilfsangebote in der Region Uster nach wie vor die Hauptverantwortung. Für 33 Gemeinden der Bezirke Hinwil, Pfäffikon und Uster stellen sie in den Bereichen Prävention, Wohnen, Arbeit und Tagesstrukturen regionale und bedarfsgerechte Dienste zur Verfügung. Dabei wird auf die aktuelle Entwicklung Bezug genommen. Zudem werden die Angebote laufend den neuen Verhältnissen angepasst. Einzig die Gemeinden Volketswil und Dübendorf leisten keine Unterstützung an den Verein. Für die Stadt Uster sind die Angebote der dezentralen Drogenhilfe und Prävention zur Erfüllung ihres Auftrages, der auf dem kantonalen Gesundheitsgesetz, dem kantonalen Sozialhilfegesetz und auf dem Leistungsauftrag des Gemeinderates für das Geschäftsfeld Sozialhilfe beruht, weiterhin notwendig.

Falls die bestehenden regionalen Trägerschaften keine Dienstleistungen mehr erbringen würden, müssten die Angebote von der Stadt Uster mehrheitlich selbst aufgebaut oder andere neue lokale und regionale Trägerschaften gesucht werden. Ein erheblicher finanzieller Mehraufwand wäre die Folge.

Im Folgenden möchte auf die verschiedenen Anbieter eingegangen werden: Die Angebote der Suchtpräventionsstelle Zürcher Oberland, betrieben durch den Verein für Prävention und Drogenfragen Zürcher Oberland, werden laufend überprüft und den Bedürfnissen der Gemeinden und ihren Institutionen, aber auch dem aktuellen Forschungsstand angepasst. Die Stelle kann sämtliche Präventionsleistungen für alle Ziel- und Altersgruppen anbieten. Neben den illegalen Drogen werden auch Angebote zu Alkohol, wie Testverkäufe bei Jugendlichen oder unterstützende Massnahmen für ambulante und stationäre Einrichtungen zum Beispiel bei Medikamentenabhängigkeit angeboten. So ist eine Fachmitarbeiterin der Suchtprävention alleinige Ansprechperson für die Institutionen der Stadt Uster.

Die Fachstelle Gewaltprävention wurde 2007 auf Wunsch der Gemeinden geschaffen. Die Anzahl an Anfragen und Aufträgen an die Fachstelle Gewaltprävention hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Verschiedene Massnahmen wurden in den letzten Jahren eingeleitet und umgesetzt. Dazu zählt auch die verstärkte Vernetzung mit Partnern, unter anderem der Polizei, Justiz, Gewaltpräventionsstellen, Schuldiensten und Gemeindeverwaltungen. Gleichzeitig berät die Fachstelle, auf Anfrage und punktuell, auch Gemeinden und Schulen im restlichen Kanton Zürich. Interessierte Gemeinden und Schulen können so ebenfalls die Kursangebote der Fachstelle in Anspruch nehmen.

Die Stiftung Netzwerk ist seit mehreren Jahren für folgende vier Angebote der dezentralen Drogenhilfe, die vom Kanton Zürich anerkannt werden, verantwortlich: Job-Bus/Garage, Auffangwohngruppe Wetzikon, begleitetes Wohnen und Wohnhilfen.

Die vier Angebote stellen für die Stadt Uster und für die Gemeinden der Bezirke Hinwil und Pfäffikon wichtige regionale Hilfsangebote dar, deren Bedarf auch für die Stadt Uster weiterhin ausgewiesen ist.

Ausserhalb der dezentralen Drogenhilfe betreibt die Stiftung Netzwerk Jugendwohnungen. Zudem bietet die Stiftung ambulante Jugend- und Familienbegleitungen und verschiedene Arbeitsintegrationsangebote vor allem für Jugendliche und junge Erwachsene an.

Der Beitrag von maximal 130'000 Franken pro Jahr bzw. total 520'000 Franken für die Jahre 2020-2023 an die Prävention und die dezentrale Drogenhilfe im Zürcher Oberland wurde in der Kommission Soziales und Gesundheit einstimmig genehmigt.

Die Weisung wurde in Sitzung der Rechnungsprüfungskommission vom 26. August 2019 behandelt. Im Referat für die RPK möchte ich vor allem die finanzielle Sicht auf die Weisung erläutern:

Wie bereits vorhin erwähnt, läuft der Kredit Ende 2019 aus. Aus diesem Grund dürfen wir uns mit dem Nachfolgekredit für die nächsten vier Jahre, 2020-2023 beschäftigen.

Der Verein für Prävention und Drogenfragen Zürcher Oberland ersucht um die Gewährung eines durchschnittlichen, jährlichen Betriebsbeitrags von Fr. 2.90 pro Einwohner bzw. Einwohnerinnen für die Jahre 2020-2023. Dieser Beitrag ist auf Grund der letzten vier Betriebsjahre weiterhin notwendig, damit die Ausgaben im Rahmen des Leistungsauftrages auch weiterhin gedeckt werden können.

Die Fachstelle Gewaltprävention Zürcher Oberland konnte sich in den letzten Jahren erfolgreich etablieren und finanziert sich weitgehend durch die Verrechnung der Kosten an die Leistungsempfänger. Die Erfahrung hat aber gezeigt, dass die mit einem 50 %-Pensum ausgestattete Fachstelle nicht ganz kostendeckend geführt werden kann. Der Betriebsbeitrag von 10 Rappen pro Einwohner bzw. Einwohnerinnen und Jahr bildet aber einen wichtigen Bestandteil in der Finanzierung der Fachstelle Gewaltprävention Zürcher Oberland.

Für die beiden Angebote fallen für die Stadt Uster insgesamt Kosten von max. 105'000 Franken/Jahr bzw. maximal 420'000 Franken für die Jahre 2020-2023 an.

Mit der Stiftung Netzwerk hat die Stadt Uster einen Rahmenkontrakt. Es wird darin seit 2001 ein Beitrag von 70 Rappen pro Einwohner bzw. Einwohnerin pro Jahr gewährt, um ein allfälliges Restrisiko betreffend Finanzierung der Angebote zu decken. Die finanzielle Leistung beträgt somit pro Jahr 25'000 Franken bzw. 100'000 Franken für die Jahre 2020-2023.

Diesem finanziellen Aufwand stehen weiterhin Einsparungen gegenüber, die über die Tax-Ermässigungen bei den individuellen Kostenbeiträgen von der Stiftung Netzwerk gewährt werden. So konnte die Stadt Uster in den letzten Jahren finanziell profitieren, da insgesamt für die Angebotsnutzung Zahlungen bei der Sozialhilfe eingespart werden konnten, die höher als der städtische Beitrag, der an die Stiftung geleistet wurde, waren. Im Jahr 2017 betrugen die Kosteneinsparungen insgesamt 4215 Franken und im Jahr 2018 5270 Franken.

Der Beitrag für alle 3 Angebote von maximal 130'000 Franken pro Jahr bzw. total 520'000 Franken für die Jahre 2020-2023 an die Prävention und die dezentrale Drogenhilfe im Zürcher Oberland wurde auch in der Rechnungsprüfungskommission einstimmig genehmigt.

Die Präsidentin der Sozialbehörde, Stadträtin Petra **Bättig**, nimmt Stellung: *Die Weisung kommt etwa in dieser Form alle vier Jahre in den Gemeinderat. Die Zusammenarbeit ist gut etabliert und funktioniert auch gut. Wir sind verpflichtet, diese Leistungen zu erbringen. Heute können Drogen relativ einfach beschafft werden. Eine offene Drogenszene wie früher besteht zum Glück nicht mehr. Es geht auch um Alkohol und Missbrauch von Medikamenten. Es geht nicht nur um Jugendliche, sondern auch um ältere Menschen. Die Sozialbehörde steht hinter dieser Weisung und bittet den Gemeinderat um Zustimmung.*

Für die SP-Fraktion referiert Ali **Özcan** (SP): *Wir sind alle froh, dass die Platzspitz-Zeiten längst vorbei sind. Die alten Zustände wünscht sich niemand mehr zurück.*

Es gibt in „unserer Schlafstadt“ Uster keine Drogenszene. Wir wissen auch, dass in Uster Drogenhandel und -konsum kaum mehr sichtbar sind. Dank Polizeipräsenz wickelt sich die Drogenproblematik grösstenteils verdeckt ab und stört die Öffentlichkeit kaum.

Als Vater zweier schulpflichtiger Kinder schätze ich die aktuelle Zusammenarbeit sehr. In der Stadt Uster ist die Zusammenarbeit mit der regionalen Suchtpräventionsstelle, die zusätzlich auch im Bereich Gewaltprävention aktiv ist, weiterhin intensiv und wird sehr geschätzt.

Die SP Uster ist der Meinung, dass die Drogenhilfe in Uster zusammen mit den städtischen Abteilungen und Behörden eine sehr gute Arbeit leistet und wird deshalb der Weisung 34/2019 zustimmen.

Für die Grüne-Fraktion referiert Eveline **Fuchs** (Grüne): *Es gibt Vereine und Institutionen, deren wertvolle Arbeit einem erst wieder richtig bewusst wird, wenn konkret darüber gesprochen werden muss. So haben wir heute den Beschluss zu fassen, ob wir für die Prävention und die dezentrale Drogenhilfe im Zürcher Oberland den Beitrag von max. 130'000 Franken pro Jahr bzw. 520'000 Franken für die Jahre 2020–2023 genehmigen wollen.*

Dieser Vierjahres-Beitrag steht heute bereits zum sechsten Mal hier in unserem Rat zur Beschlussfassung. Ich kann also davon ausgehen, dass die meisten von uns wissen, worüber wir zu befinden haben.

Es ist sehr beeindruckend, welche Leistungen tagtäglich aus dem Angebot der Stiftung Netzwerk erbracht werden. Da gibt es z. B. das Arbeitsintegrationsprojekt für Jugendliche und junge Erwachsene AIP, den Job-Bus, welcher begleitete Arbeitseinsätze im handwerklichen Bereich für Erwachsene ermöglicht, es gibt eine Auffangwohngruppe und begleitetes Wohnen für Erwachsene in schwierigen Lebensphasen, die ambulante Jugend- und Familienbegleitung für Jugendliche selber und/oder ihre Eltern und es gibt Jugendwohnungen für junge Erwachsene, die noch auf Unterstützung bei der sozialen und beruflichen Integration angewiesen sind.

An dieser Stelle möchte ich euch gerne noch den neuesten Jahresbericht von der Stiftung Netzwerk schmackhaft machen, den es zu lesen lohnt!

Ebenso wertvolle Arbeit leisten die Akteure im Verein für Prävention und Drogenfragen Zürcher Oberland vdzo. Der Verein betreibt verschiedene Einrichtungen, welche gezielt der Sucht- und Gewaltprävention dienen.

Auch wenn es nicht ganz einfach ist nachzuweisen, dass und wie genau Prävention Wirkung zeigt, sind wir vom Projekt nach wie vor überzeugt und werden zum Kredit aus ganzem Herzen Ja sagen!

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert Silvio **Foiera** (EDU): *Wir diskutieren heute über die Fortführung der Suchtprävention und Fortführung der dezentralen Drogenhilfe. Dabei geht es um einen wiederkehrenden Betrag von CHF 130'000 für die Jahre 2020-2023.*

In Uster ist kaum mehr eine offene Drogenszene wahrzunehmen. Insbesondere die einstigen «Hot-Spots» im Stadtpark und hinter dem Bahnhof sind faktisch inexistent. Es zeigt sich jedoch eine Verlagerung zu breiterem Konsum von Cannabisprodukten sowie synthetischen Drogen. Dennoch gibt es Anzeichen, dass auch in Uster nach wie vor intravenöser Konsum von Opioiden stattfindet. Als Beistand einer Person mit Suchthintergrund und zuweilen in entsprechenden Institutionen unterwegs, sehe und erlebe ich persönlich die Folgen und Kosten, welche Suchtabhängigkeiten mit sich bringen. Die Investition von rund 3.70 pro Einwohner, welche in die Suchtprävention fliessen relativieren sich so schnell. Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt daher diesen Antrag.

Für die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion referiert Beatrice **Caviezel** (Grünliberale): *Alle vier Jahre wieder haben wir im Gemeinderat die Möglichkeit über die Weisung zur Finanzierung der Prävention und dezentralen Drogenhilfe abzustimmen und Stellung zu nehmen.*

Ja, die Drogenszene hat sich in den letzten 20 Jahren stark verändert. Spielte sich die illegale Drogenszene damals noch auf dem Platzspitz und anschliessend auf dem Letten ab, findet sie heute vielmehr verdeckt statt und wird von der Öffentlichkeit kaum mehr wahrgenommen. Und dennoch ist die Szene weiter da, dies zeigen auch die Erhebungen der Stadt Uster.

Neben den illegalen Drogen sind aber auch legale Drogen weiter ein Thema und gewinnen an Brisanz: Saufgelage bis zum Koma-Trinken und Noteinweisungen ins Spital, Medikamentenmissbrauch im Alter oder Gewalt an Schulen oder auf öffentlichen Plätzen, um nur drei Beispiele zu nennen. Die bekannten, in der Weisung genannten Institutionen helfen uns, auf verschiedenen Ebenen aktiv zu werden und am Puls der Zeit zu agieren. Dafür und für ihren grossen Einsatz zum Wohle unserer Stadt möchten wir uns an dieser Stelle herzlich bedanken.

So nehmen die Institutionen in ihrer Tätigkeit Bezug auf die aktuelle Entwicklung und passen ihr Angebot laufend an die neuen Verhältnisse an. Zudem sind die Angebote notwendig, damit die Stadt Uster ihren Auftrag in Bezug zur Prävention und dezentralen Drogenhilfe erfüllen kann, der im kantonalen Gesundheitsgesetz sowie im Sozialhilfegesetz festgelegt ist. Hier eigene Angebote aufzubauen erachten wir in der Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion als nicht sinnvoll. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass uns eine gute Vernetzung der unterschiedlichen Angebote wichtig ist, gerade um auch Doppelspurigkeiten zu vermeiden.

Ja, in der Weisung geht es um viel Geld, jedoch sind wir der Meinung, dass das Geld gut investiert ist und unterstützen somit den Antrag gerne.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 33:0 Stimmen:

- 1. Der Beitrag von max. 130'000 Franken pro Jahr bzw. total 520'000 Franken für die Jahre 2020 bis 2023 an die Prävention und die dezentrale Drogenhilfe im Zürcher Oberland wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sozialbehörde.**

8 Weisung 32/2019 des Stadtrates: Energie Uster AG, Geschäftsbericht 2018

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) und für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert Marius **Weder** (SP): *Das Geschäft wurde in der KÖS am 19. August 2019 diskutiert. Seitens der Exekutive waren der Abteilungsvorsteher Finanzen, Stadtrat Cla Famos, und der Abteilungsleiter Finanzen, Patrick Wolfensberger, anwesend. Die Energie Uster AG war vertreten durch ihren Verwaltungsratspräsidenten, Stadtrat Stefan Feldmann, den Vorsitzenden der Geschäftsleitung, Bruno Modolo, und den Bereichsleiter Finanzen/Administration, Thomas Christen. Der Geschäftsbericht 2018 der Energie Uster AG führte in der KÖS kaum zu kontroversen Diskussionen. Die erwähnten Vertreter von Exekutive und Energie Uster AG gaben den Kommissionsmitgliedern kompetent Auskunft dazu. Inhaltlich kann das Geschäftsjahr 2018 als durchaus erfreulich bezeichnet werden. Hinsichtlich der Geschäftszahlen verweise ich auf das nachfolgende Referat der RPK.*

Seitens der Vertreter der Energie Uster AG wurde im Wesentlichen informiert, dass im Wasserbereich am 11. Juli 2018 – während der letztjährigen Trockenperiode - der höchste Wasserverbrauch aller Zeiten in Uster gemessen wurde. Zu den Ökoprodukten wurde ausgeführt, dass 598 Kunden beim Solarstrom zu verzeichnen sind. Der Aabach-Strom ist mit 693 Kunden ausverkauft. Beim Biogas lag der Wert gegenüber dem Vorjahr leicht höher mit 77 Kunden. Eine entsprechende Tendenz beim Naturgas ist erkennbar. Bei der Elektrizität ist festzustellen, dass diese zunehmend in die Mobilität geht. Insofern sind weiterhin sechs öffentliche E-Tankstellen in Betrieb. Auch bei Tiefgaragen soll die E-Mobilität gefördert werden. Beim Ökofonds konnten ca. 2 Mio. Franken an Fördergeldern ausbezahlt werden. Insgesamt konnten alle Indikatoren für 2018 erreicht werden. Fragen wurden zudem beantwortet bezüglich des Grundwassers, welches im Trockensommer 2018 das beherrschende Thema war.

Zu effektiv kritischen Nachfragen von Kommissionsmitgliedern führte letztlich einzig der Punkt, wonach die Energie Uster AG und die Stadt als Alleinaktionärin es weiterhin vorziehen, keinen Bericht zu den an die Verwaltungsratsmitglieder ausbezahlten Entschädigungen zu publizieren, da dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit schutzwürdige interne Interessen gegenüberstünden. Immerhin wurde informiert, dass in den letzten fünf Jahren die Saläre im Verwaltungsrat wie in der Geschäftsleitung im Grundsatz nur im Rahmen der Teuerung stiegen. Boni wurden an die Mitglieder des Verwaltungsrats keine bezahlt.

Die KÖS stimmte dem Antrag des Stadtrats auf Kenntnisnahme des Geschäftsberichts 2018 der Energie Uster AG bei Abwesenheit eines Kommissionsmitglieds einstimmig zu.

Das Geschäft wurde in der RPK am 26. August 2019 diskutiert. Seitens der Exekutive waren der Abteilungsvorsteher Finanzen, Stadtrat Cla Famos, und der Abteilungsleiter Finanzen, Patrick Wolfensberger, anwesend.

Der Geschäftsbericht 2018 der Energie Uster AG führte in der RPK zu keinen kontroversen Diskussionen. Die erwähnten Vertreter der Exekutive gaben den Kommissionsmitgliedern kompetent Auskunft dazu. Der Referent der KÖS berichtete aus den Beratungen in der Sachkommission.

Inhaltlich kann das Geschäftsjahr 2018 als durchaus erfreulich bezeichnet werden. Der Gewinn der Energie Uster AG beträgt 3.4 Mio. Franken nach 3.1 Mio. im Vorjahr. Als steuerbefreite gemeinnützige Unternehmung darf die Energie Uster AG ihrer Alleinaktionärin, der Stadt Uster, maximal 6 % Dividende ausschütten, was 600'000 Franken ausmacht. Die Einlage in den Ökofonds beträgt ebenfalls 600'000 Franken. Derzeit weist er ein Guthaben von 1.7 Mio. Franken auf.

Im Rahmen der Diskussion in der Kommission wurde - nicht seitens des Sprechenden - auf einen kleinen Fehler in der Weisung hingewiesen: So wird unter lit A. Erwägungen erwähnt, die Aktien seien vollumfänglich im "Besitze" der politischen Gemeinde. Richtigerweise wäre hier der Begriff "Eigentum" zu verwenden.

Die RPK stimmte dem Antrag des Stadtrats auf Kenntnisnahme des Geschäftsberichts 2018 der Energie Uster AG bei Abwesenheit eines Kommissionsmitglieds einstimmig zu.

Der Abteilungsvorsteher Finanzen, Stadtrat Cla **Famos**, verzichtet vorläufig auf eine Stellungnahme.

Für die SP-Fraktion referiert Marius **Weder** (SP): *Unterzieht man den Geschäftsbericht 2018 der Energie Uster AG einer eingehenden Betrachtung, so darf man insgesamt doch ein weitestgehend positives Fazit ziehen. Nicht nur sind die Finanzen mit einem Bilanzgewinn von wiederum gut 3 Mio. Fr. im Lot, sondern auch in Bezug auf den Fitnessstand der Energie Uster AG im Hinblick auf die Energiewende ist festzuhalten, dass man hier weiterhin gut unterwegs ist. So kann etwa erwähnt werden, dass auch im letzten Jahr wiederum diverse Solaranlagen erstellt wurden, an denen sich die Energie Uster AG entsprechend beteiligte, und nebst öffentlichen Stromtankstellen für Elektroautos werden in der Stadt Uster auch private in Tiefgaragen gefördert. Auch sonst kann festgestellt werden, dass die Energie Uster AG sehr innovativ ist, was das Anbieten von Stromsparmassnahmen für die Bevölkerung der Stadt betrifft. Die Konsumenten und Konsumentinnen haben weiterhin die Wahl zwischen zertifiziertem Ökostrom einerseits und einem Mix aus zertifiziertem Ökostrom und als solchem nicht zertifizierbarem, nicht destotrotz jedoch ökologischem Aabach-Strom andererseits. Der Geschäftsleitung und dem Verwaltungsrat der Energie Uster AG kann also auch aus unserer Sicht wiederum ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt werden.*

Leider ist nach wie vor - und damit zu meinem ceterum censeo beim Thema Energie Uster AG - der altbekannte Wermutstropfen im Geschäftsbericht hinsichtlich dessen fehlender Transparenz bei der Frage der Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder festzustellen. Ich muss mich hier gegenüber früheren Jahren daher leider einmal mehr wiederholen. Ein Vergleich: Schon seit langem ist ohne Schwierigkeiten in Erfahrung zu bringen, was ein Mitglied des Bundesrats, des Zürcher Regierungsrats oder auch des Ustermer Stadtrats verdient; bei letzteren wenigstens hinsichtlich dessen Kern tätigkeit. Auch die Entschädigungen der Spitzen von Staatsbetrieben bzw. weitestgehenden Staatsbetrieben wie SBB, Post oder Swisscom werden jährlich mitgeteilt. Und selbst in der Privatwirtschaft setzt sich bei Publikumsgesellschaften unter dem Druck der öffentlichen Meinung einerseits und internationaler Rechnungslegungsstandards andererseits immer mehr die Einsicht durch, dass diesbezüglich für Transparenz zu sorgen ist. Auch hier im Rat hatten wir diese Debatte vor gut vier Jahren ja bereits hinsichtlich der Entschädigungen der Mitglieder des Stadtrats für den Einsitz in Verwaltungsräten von Amtes wegen. Einige von Ihnen dürften sich daran noch erinnern.

Es stünde der Energie Uster AG unseres Erachtens daher inskünftig gut an, in diesem Punkt endlich für angemessene Transparenz zu sorgen, nota bene gegenüber ihrer Eigentümerschaft, der Bevölkerung der Stadt Uster. Eine derartige Transparenz würde nicht zuletzt auch allfälligen Mutmassungen, man habe etwas zu verbergen, vorbeugen.

Und schliesslich ist wiederum hinsichtlich der Zusammensetzung des Verwaltungsrats anzumerken, dass bei künftigen Vakanten vermehrt das Augenmerk auf eine geschlechtermässige Parität zu legen ist. Denn eine Frau gegenüber sechs Männern ist doch eine gar einseitige Verteilung. Der Stadtrat wird hier in Zukunft bei Vakanten gefordert sein. Dem Antrag auf Kenntnisnahme des Geschäftsberichts stimmen wir zu.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Hans Denzler** (SVP): *Zuerst möchten wir uns bei den Verantwortlichen und dem Personal der Energie Uster AG für die geleistete Arbeit bedanken.*

Die SVP/EDU-Fraktion nimmt den Geschäftsbericht 2018 der Energie Uster AG positiv und zustimmend zur Kenntnis. Es ist erfreulich zu sehen, in welchem breiten Spektrum von Arbeiten die Energie Uster AG auch im letzten Jahr tätig war – alles immer unter Berücksichtigung der sich rasant ändernden Entwicklungen in der Energiebranche. Neben Themen wie Digitalisierung und Dezentralisierung der Stromproduktion beschäftigte sich die Energie Uster AG auch mit bodenständigen Themen wie den Aufbau des Wärmeverbundes Nord, welcher auf eine grosse Holzschnitzelheizung für das ganze Quartier bei der „Gesundheitsmeile“ in Uster setzt.

Ausserdem werden Produkte für Mieter und Hausbesitzer weiterentwickelt: „Zentraler Solarspeicher für Solaranlagen“, „Eigenverbrauchsgemeinschaft“ für Mehrfamilienhäuser mit Solaranlagen und die intelligenten „E-Ladestationen in Tiefgaragen“, welche ein privates Laden von E-Autos in Wohnsiedlungen ermöglicht.

Besonders erfreulich ist auch die Tatsache, dass Uster im letzten Jahr trotz des doch sehr heissen Sommers jederzeit mit Wasser mit bester Qualität versorgt war – durch ein nachhaltiges Management der lokalen Grundwasser-Ressourcen und der Einbindung in die übergeordneten Gruppenwasserversorgungen war dies möglich.

Weiter werden die Beratungsdienstleistungen wie Sanierungsberatungen und Haushaltsberatungen des Ökofonds der Energie Uster für Mieter und Hausbesitzer konsequent weitergeführt. Entsprechend konnten zahlreiche moderne Heizungsanlagen, Solaranlagen oder Kühlgeräte im Haushalt unterstützt werden.

Auch die Kundenkommunikation gilt es zu erwähnen, welche auf unterschiedlichen Kanälen – Brief, Kundenmagazin, Newsletter, Homepage, Facebook und LinkedIn – darüber informiert, wie mit Ressourcen sorgfältig umgegangen werden kann oder wie alle Ustermerinnen und Ustermer aktiv an der Energiewende teilnehmen können.

Erfreulich ist auch die hohe Verfügbarkeit beim Strom und die Stromzusammensetzung mit 100 % erneuerbarer Energie und einem schweizweit sehr hohen Anteil an Solarenergie. Mit der Sanierung des Werkhofes entsteht eine architektonisch und energetisch überzeugende Gesamtsanierung, welche zukünftige betriebliche Anforderungen erfüllt. [GRB 4.7.2016: Antrag 68/2016]

Das Jahresergebnis von CHF 3'412'181 und die erneute Ausschüttung einer Dividende in der Höhe von 600'000 CHF sprechen für sich.

Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt den von der Energie Uster frühzeitig eingeschlagenen Weg mit wichtigen Themen wie dezentrale und nachhaltige Energieversorgung, Anwendung der digitalen Technologien und nachhaltige Weiterentwicklung der bestehenden Infrastruktur zur sicheren, wirtschaftlichen und ökologischen Energie- und Wasserversorgung. Ein Rundumblick bei Energieversorgern in der Schweiz zeigt auf, dass die Energie Uster AG die Entwicklungen frühzeitig erkannt und angepackt hat. Dafür gebührt ihr unser Lob!

Für die Grüne-Fraktion referiert Meret **Schneider** (Grüne): *Einmal mehr nehmen wir Grünen vom Geschäftsbericht der Energie Uster AG Kenntnis. Und ich tue dies 2019 mit besonderer Begeisterung, da ich durch meine neue Tätigkeit in der Aufsichtskommission im Kantonsrat diesen Frühsommer mit Geschäftsberichten aller möglichen kantonalen Bildungs- und Gesundheitsinstitutionen überhäuft wurde und sagen muss: Der Geschäftsbericht der Energie Uster AG ist mein unangefochtener Favorit! Und dies nicht nur farblich.*

Zum trockeneren Teil, der aber zur Würdigung gehört: Die Energie Uster AG weist ein Aktienkapital von 10 Mio. Franken aus, der Gewinn betrug 3.4 Mio. Franken im Gegensatz zu 2017 3.1 Mio. Franken. Die Einlage in den Ökofonds beträgt 600'000 Franken und der Ökofonds weist ein Guthaben von 1.7 Mio. Franken aus, vor der Einlage des Gewinns 2018. Die von der Eigentümerstrategie abgeleiteten Indikatoren wurden alle erreicht, bzw. sogar übertroffen. Bereits diese Leistungen des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung verdienen Anerkennung, selten kann so viel Positives über ein Geschäftsjahr berichtet werden.

Was mich als Grüne besonders freut, ist das grosse Engagement der Energie Uster AG im Bereich Wärmeverbunde, wo immer das möglich ist, und ganz besonders im Bereich Digitalisierung. Was anderswo verschlafen wird, wird hier proaktiv aufgegriffen und die Chancen werden erkannt. Stromkundinnen und -kunden werden immer öfter auch zu Stromerzeugern, wodurch der Bedarf nach entsprechenden digitalen Applikationen ebenso steigen wird und bereits steigt wie die Selbstbestimmung der Kundinnen und Kunden. Bereits heute können diese mit Photovoltaikanlagen sogenannte Eigenverbrauchsgemeinschaften bilden und den selbsterzeugten Strom an direkt angeschlossene Verbraucher verkaufen.

Ein intelligentes Energiemanagement zählt so auch zu den grossen Vorteilen von „Smarthomes“, sogenannten intelligenten Häusern: Haushaltsgeräte, Licht, Heizung und andere Gebädefunktionen werden vernetzt und automatisch gesteuert. Sie reagieren selbstständig auf Wetterbedingungen, Tageszeiten, das Verhalten der Bewohner und definierte Regeln. Durch eine individuelle Automatisierung ermöglicht ein „Smarthome“ eine bessere Energiebilanz, denn mit den Daten aus vernetzten Sensoren und Geräten wird die Energieeffizienz gemessen und laufend optimiert. Dies bewirkt einen niedrigeren Energieverbrauch und senkt somit die Kosten. Laut Ankündigung werden schon in naher Zukunft in diesem Bereich die ersten Lösungen der Energie Uster AG verfügbar sein und so eine weitere Grundlage für eine nachhaltige Zukunft schaffen. Darauf freue ich mich sehr! Der gesamte Geschäftsbericht ist sehr transparent aufgebaut und wenn man auch im Papierformat die Details zu den Engagements aus dem Ökofonds nicht herauslesen kann, so findet man dies auf der Website gut zugänglich. Ein einziger kleiner Punkt (bereits erwähnt), der aus dem Triple A noch ein Triple A mit Sünneli machen würde, wäre die Offenlegung der Löhne. In Anbetracht dessen, dass sich die Energie Uster AG der Transparenz im Geschäftsbericht in einem eigenen Kapitel dazu widmet und sich diese auf die Fahne schreibt, wäre dies auch konsequent.

Ich gratuliere der Energie Uster AG zum guten Geschäftsjahr, der progressiven neu erarbeiteten Strategie und dem ansprechenden Design, das sogar den Geschäftsbericht der ZHdK bei weitem übertrifft, und die sollten ja eigentlich wissen, wies geht.

Wolfgang **Harder** (CVP): *Letztes Jahr habe ich die Abwesenheit der Geschäftsleitung der Energie Uster AG moniert. Bruno Modolo hat sich nach der letztjährigen Sitzung bereits am nächsten Tag bei mir gemeldet. Wir konnten in einem Gespräch die Standpunkte klären. Das soll hier verdankt werden, weil es das Vertrauen stärkt. Das heutige Erscheinen wird sehr geschätzt. (vergleiche Seite 174)*

Für die FDP-Fraktion referiert Richard **Sägesser** (FDP): *Die FDP gibt ein gutes Zeugnis ab. Die Energie Uster AG bewältigt erfolgreich modernes, kundennahes Angebot. Der Geschäftsbericht kommt anschaulich, frisch und leicht lesbar daher. Vielen Dank dafür und für die im Geschäftsbericht erbrachten Leistungen.*

Auch ich habe aber noch ein ceterum censeo. Es betrifft die Reservebildung. Die Bilanz weist mittlerweile eine freiwillige Gewinnreserve aus von knapp 25 Mio. CHF. Das bildet zwar den erfreulichen Geschäftsgang ab und ist an sich positiv. Aus ordnungspolitischer Sicht wirft das aber auch Fragen auf, weil es sich um Gebühreneinnahmen von uns allen handelt, die da lagern.

Die Energie Uster AG ist in einem Dilemma: Eine höhere Dividendenausschüttung ist offenbar nicht möglich, wir haben es gehört. Höhere Boni sind auch nicht opportun. Dasselbe gilt für eine Reduktion der Stromgebühren, was ein umweltpolitischer Fehlanreiz wäre. Ich habe keine Patentlösung. Ich wünsche mir aber eine Auseinandersetzung damit im Geschäftsbericht. Vielleicht stehen ja hohe Investitionen an, die in Relation zu diesen Reserven gestellt werden können. Ich wünsche mir in einem nächsten Geschäftsbericht eine Aussage dazu.

Stadtrat Cla **Famos** dankt *für die vielen positiven Rückmeldungen zum Geschäftsbericht. Wir haben mit der Energie Uster AG markante und gute Lösungen erreichen können. Wir freuen uns, dass der Gemeinderat sieht, dass viele Initiativen lanciert werden. Beide Aussagen betreffend ceterum censeo nehmen wir mit.*

Die Haltung des Stadtrates dazu kennen Sie. Wir fahren diese Linie betreffend Publikation von Vergütungen nun seit einigen Jahren, aber wir werden sie sicher periodisch überprüfen.

Zur Reserve-Bildung ist anzumerken, dass im Verbund mit der Stadt bei der Liegenschaft Dammstrasse hohe Investitionen anfallen. Für ein nächstes Mal könnten wir das besser darstellen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 32:0 Stimmen:

- 1. Der Gemeinderat nimmt vom Geschäftsbericht 2018 der Energie Uster AG Kenntnis.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

9 Postulat 507/2018 (statt Motion, Umwandlung) von Ivo Koller (BDP) und Mitunterzeichnende: "Transparenter Stadtrat"; Bericht und Antrag des Stadtrates

Ivo **Koller** (BDP) nimmt Stellung: *Der Stadtrat hat gehalten, was er bei der Überweisung versprochen hat. Die Grünliberale/EVP/CVP/BDP-Fraktion zeigt sich deshalb erfreut über den Postulatsbericht und insbesondere auch über das von uns eingeforderte Reglement, welches richtigerweise von anderen Gemeinden abgeschrieben wurde. Genau das wollten wir und wir sind froh, dass dieses Reglement auf den 1. Oktober 2019 in Kraft treten soll. Damit endet ein langer und steiniger Weg, mit manch frustrierender Episode. Zu oft wurden uns zustehende Informationen verweigert. Doch nun sind wir guten Mutes, dass der Stadtrat und die Verwaltung den Mentalitätswandel schaffen werden oder bereits geschafft haben. Die vergangenen Monate stimmen uns zumindest positiv und zeigen auch, dass eine Veränderung stattgefunden hat. Es wird nun offensichtlich verstanden – und so ist es auch in Art. 2 des Reglements aufgeführt –zuerst gilt der Grundsatz, dass Beschlüsse grundsätzlich öffentlich sind. Ausschlussgründe, welche zu einer Nichtveröffentlichung führen können, kommen erst an zweiter Stelle.*

Einen kleinen Kritikpunkt haben wir doch noch: Die Benutzerfreundlichkeit der stadträtlichen Beschluss-Internetseite könnte noch besser werden. Sucht man einen Beschluss, so muss man sich durch die einzelnen Daten der Beschlüsse klicken. Hierbei wäre eine Suchfunktion sehr hilfreich. Abschliessend möchten wir uns dafür bedanken, dass der Stadtrat unser Anliegen trotz Umwandlung in ein Postulat ernst genommen und entsprechend umgesetzt hat.

Die Stadtpräsidentin, **Barbara Thalmann**, nimmt Stellung: *Es freut mich, dass offensichtlich alle von unserem Bericht und Antrag angetan sind. In der Tat wollen wir alle Beschlüsse, wo zulässig, veröffentlichen. Die Suchfunktion im Internet ist vielleicht noch zu verbessern. Im Reglement weisen wir darauf hin, dass aber nicht vollständig alles veröffentlicht werden kann. Neu veröffentlichen werden wir inskünftig unsere Vergabebeschlüsse. Wir werden diese Beschlüsse anders formulieren müssen, damit der Inhalt nachvollzogen werden kann. Wer aber mit offeriert hat, darf nicht publiziert werden. Viele andere Gemeinden tun das so nicht. Ab 1. Oktober 2019 wird das Reglement umgesetzt werden können. Wir sind gutes Mutes, dass wir das schaffen werden. Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme. Wir hoffen damit, unsere Bevölkerung gut informieren zu können.*

Für die SP-Fraktion referiert Monika **Fitze** (SP): *Unsere Fraktion ist mit der Antwort des Stadtrats zufrieden. Die rasche und entschlossene Umsetzung der im Postulat geforderten Auskunftstransparenz zeigt den atmosphärischen Wechsel auf, welcher sich im neu zusammengesetzten Stadtrat vollzogen hat. Statt sich hinter schwammigen Umschreibungen mit viel Interpretationsspielraum zu verstecken, benennt der Stadtrat in seiner Stellungnahme und im Reglement, welche Regelungen Gültigkeit haben. Obwohl die geforderte Transparenz in der Politik der allgemeinen Tendenz folgt und eigentlich als selbstverständlich angesehen werden muss, soll dies an dieser Stelle trotzdem loblich erwähnt werden.*

Mit der Benennung der zwei Ausnahmen „Beeinträchtigung der Privatsphäre Dritter“ und „Beeinträchtigung des Meinungsbildungsprozesses“ lässt der Stadtrat die nötige Sorgfalt walten. Politische Meinungsbildungs-Phasen sollen sich auch weiterhin in einem wenigstens zu Beginn des Prozesses noch geschützten Rahmen entwickeln können; die Einnahme einer politischen Haltung entsteht durch die fundierte Auseinandersetzung mit einem Thema und braucht Debatten, in welchem die verschiedenen Perspektiven aufgezeigt werden. Es muss weiterhin möglich sein, auf Grund einer zuerst noch fremd anmutenden Perspektive die Einstellung zu ändern und so dazu beizutragen, auf gemeinsame Lösungen hinzuarbeiten.

Durch die Nachvollziehbarkeit des stadträtlichen Handelns kann zudem das Vertrauen in sein Tun erhöht werden. Der Stadtrat hat seine Bringschuld organisiert und trägt damit zur geforderten Transparenz bei. Das bedeutet für den Gemeinderat und die Bevölkerung im Gegenzug aber auch, die angebotenen Informationen sorgfältig in die eigene politische Arbeit einzubeziehen.

Die Nachvollziehbarkeit der Entscheide des Stadtrates trägt insofern also dazu bei, unsere politischen Vorstösse zu differenzieren und gründlich abzuwägen. In diesem Sinne hat das neue Reglement grosse Auswirkungen auf unsere eigenen „Inputs“ mit denen wir den Stadtrat auffordern, nächste Schritte anzugehen und weiterzuentwickeln.

Für die Grüne-Fraktion referiert Meret **Schneider** (Grüne): *Wir Grünen sind mit der Umsetzung des Postulats zufrieden. Besonders die usterspezifischen Eigenheiten wie die Publikation sämtlicher Vergabeentscheide halten, wir verglichen mit der Praxis in anderen Gemeinden für sehr progressiv und begrüßenswert. Auch die Umbenennung des „Stadthausstelegramms“ in „Meldungen aus dem Stadtrat“ ist mit Sicherheit zeitgemäss und bringt klarer zum Ausdruck, was inhaltlich dahintersteht. Gern hätten wir auch eine Publikation der Entscheidungsgrundlagen gesehen, verstehen aber den Aspekt, dass Dokumente in diesem Umfang den Rahmen einer Publikation sprengen würden. Da die Entscheidungsgrundlagen per Gesuch trotzdem eingesehen werden können, ist die vom Stadtrat vorgeschlagene Vorgehensweise im Sinne des Öffentlichkeitsprinzips und des Informationsanspruchs der Bevölkerung. Wichtig ist hierbei einzig, dass die Möglichkeit, ein Gesuch zu stellen, klar und eindeutig bei der Publikation ersichtlich ist, da vielen diese Option wohl nicht bewusst ist. Wir Grünen bedanken uns für die Berücksichtigung des letzten „Inputs“ und stimmen dem Bericht und Antrag des Stadtrates gerne zu.*

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 33:0 Stimmen:

- 1. Dem Bericht und Antrag zum Postulat 507/2018 wird zugestimmt.**
- 2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

10 Kenntnisnahmen

Volksabstimmung vom 1. September 2019 über die Abstellplatzverordnung (GRB 21.1.2019: Weisung 128/2018): Die Vorlage wurde mit 3011:4790 Stimmen **a b g e l e h n t** (vergleiche Seite 375).

Rechtskraftbescheinigung: Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 3. Juni 2019 sind beim Bezirksrat Uster bis 22. Juli 2019 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Rechtskraftbescheinigung: Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 8. Juli 2019 sind beim Bezirksrat Uster bis 23. August 2019 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Weisung 16/2018 des Stadtrates: Volksinitiative „Bodeninitiative: Boden behalten – Uster gestalten!“ (GRB 21.1.2019)

Die Geschäftsleitung hat mit Zirkularbeschluss vom 19. August 2019 dem Stadtrat die Frist für die Umsetzungsvorlage bis 24. September 2019 verlängert (vergleiche Seite 375).

Folgende Anfragen sind eingereicht worden:

- 556/2019 von Paul Stopper (BPU) vom 2. September 2019: „Uster hat mehr als man glaubt“ – auch die kurioseste Bushaltestelle weit und breit und daraus abgeleitet Notwendigkeit für eine beratende Kommission für den öffentlichen Verkehr Uster und Umgebung
- 557/2019 von Paul Stopper (BPU) vom 2. September 2019: Konzept zur Vermeidung von Abfall in Uster (z. B. am Ustermer Märt, im Stadthaus etc.)

Der Stadtrat hat am 9. Juli 2019 folgende Anfragen beantwortet:

- 544/2019 von Anita Borer (SVP) und Christoph Keller (SVP) vom 29. April 2019: „Streiken auf Kosten der Steuerzahler – wo sind die Grenzen?“
- 551/2019 von Paul Stopper (BPU) vom 20. Mai 2019: S-Bahn-Haltestelle Oberuster
- 552/2019 von Barbara Keel (SVP) vom 21. Mai 2019: Kulturgelder – Verteilung und Schwerpunkte

Der Stadtrat hat am 20. August 2019 folgende Anfrage beantwortet:

- 538/2019 von Paul Stopper vom 18. März 2019: Sanierung der Bushaltestelle „Stadthaus“ an der Florastrasse, resp. neue Haltestelle in der Bahnhofstrasse

Die Ratsmitglieder haben erhalten am

- 11. Juli 2019: Stadtrat, Aufrichtfest Werkhofareal Uster, Einladung auf Donnerstag, 26. September 2019, ab 16:30 Uhr, Dammstrasse 7
- 19. Juli 2019: FC Uster, Einladung zur 1. Cup-Hauptrunde auf Sonntag, 18. August 2019, ab 14:00 Uhr, Stadion Buchholz (Umtrunk im Zelt)
- 20. August 2019: Einladung zum Ratsausflug auf Samstag, 28. September 2019, 6:45 Uhr
- 26. August 2019: Ruderclub Uster, Einladung zum VIP-Regatte-Apéro auf Sonntag, 8. September 2019, 11:30 Uhr, Uferweg, Niederuster
- 30. August 2019: Einladung der Inklusionskoordinatorin, Elisabeth Hildebrand, zur Premiere „Audiodeskription“ im Kino Qtopia auf Samstag, 26. Oktober 2019, 15:30 Uhr

Die Mitglieder der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) haben am 21. August 2019 erhalten:

- Standortförderung, Tätigkeitsbericht erstes Halbjahr 2019 (vom 19. Juli 2019)

Die Geschäftsleitung hat mit Zirkularbeschluss vom 26. August 2019 Michael Kuratli als Medienbe-richterstatler für den AvU akkreditiert.

Von den Ratsmitgliedern können beim Parlamentsdienst (Stadthaus, Büro 017) eingesehen werden:

- Martin Graf, Cornelia Theler, Moritz von Wyss (Hg.):
Parlamentsrecht und Parlamentspraxis der Schweizerischen Bundesversammlung – Kommentar
zum Parlamentsgesetz (ParlG) vom 13. Dezember 2002
Helbing Lichtenhahn. Basel 2014
- Isabelle Häner, Markus Rüssli, Evi Schwarzenbach:
Kommentar zur Zürcher Kantonsverfassung
Schulthess. Zürich – Basel – Genf 2007
- Tobias Jaag, Markus Rüssli, Vittorio Jenni (Hg.):
GG – Kommentar zum Zürcher Gemeindegesetz und zu den politischen Rechten in den Gemein-
den
Schulthess. Zürich – Basel – Genf 2017
- Tobias Jaag, Markus Rüssli:
Staats- und Verwaltungsrecht im Kanton Zürich
Schulthess. Zürich – Basel – Genf, 5. Auflage 2019

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 23. September 2019 statt.

Für das Protokoll

Der Ratssekretär
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

5.9.2019

Die Präsidentin
Ursula Räuftlin

9.9.2019

Die Stimmzähler
Patricio Frei

Jürg Krauer i. V.

Balthasar Thalmann